

## „Deckmantel Schuldenbekämpfung: Europäische Linke muss den Sozialstaat verteidigen“

Interview mit Liêm Hoang-Ngoc



Foto: www.fotolia.com, © RicoPatuca

**spw:** Was sind ihrer Meinung nach die Faktoren für den Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise?

» **L.H.-N.:** In der Krise lässt sich vor allem die Erschöpfung des neoliberalen Entwicklungsmodells des letzten Jahrzehnts erkennen. Die Krise tritt erstens als Finanzkrise auf, da es den deregulierten Finanzmärkten nicht mehr gelingt die Risiken zu evaluieren und die weltweiten Ersparnisse in Investitionen fließen zu lassen. Daneben kommt es zweitens durch den organisierten Druck auf die Löhne zu einer Kaufkraftkrise der unteren Gesellschaftsschichten. Diese wiederum ist der Grund für die Rückentwicklung des Binnenkonsums, welcher in Deutschland und Frankreich lange Zeit wesentlicher Motor für das Wachstum war. In den Ländern mit anhaltendem Wachstum in den Jahren 2000 bis 2007 wurde die Stagnation der Löhne lediglich durch eine steigende Privatverschuldung

ausgeglichen. Diese Entwicklung, welche von der Finanzindustrie noch befeuert wurde, führte durch zunehmende Zahlungsausfälle zur Immobilienkrise in den USA. Drittens leiden die öffentlichen Haushalte in Europa unter der konservativ-liberalen Fiskalpolitik, welche die Staaten der Ressourcen beraubt, die sie zur Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme und des öffentlichen Sektors benötigen. Allerdings blieb, abgesehen vom konjunkturellen Einbruch 2008, der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP der meisten europäischen Staaten in den letzten Jahren stabil, gleichzeitig sanken jedoch, politisch gewollt, die Steuereinnahmen.

Die Eindämmung der öffentlichen Ausgaben sollte eigentlich bei der Entschuldung der Staaten helfen und das Vertrauen der einkommensstarken Schichten wiederherstellen, die durch Steuersenkungen zu Konsum und Investitionen angeregt werden sollten. Dabei

wurde jedoch verdrängt, dass die Reichen, die in allen Ländern von Steuersenkungen profitieren konnten, stets nur eine geringe Bereitschaft zu mehr Konsum zeigen. Auch für Investitionen haben sie den Einkommenszuwachs nicht eingesetzt. Hinzu kommt, dass das allgemeine Wachstum geringer war als erwartet und dadurch die Steuereinnahmen ebenso geringer ausfielen als erwartet. Die öffentlichen Schulden stiegen weiter an. Das spanische Wachstumswunder von 2000-2007 lässt sich vor diesem Hintergrund nur durch den starken Anstieg der privaten Verschuldung erklären. Was Deutschland betrifft, so scheint es einstweilen dem Stillstand durch seinen starken Exportsektor entgehen zu können, welcher bereits vor den Hartz 4 Reformen sehr dynamisch war. Allerdings wurde durch diese die Binnennachfrage nachhaltig gestört und das Wachstum ist nun auf gefährliche Art einseitig von der externen Nachfrage abhängig, welche nun selbst wiederum den Qualen der Sparpläne ausgesetzt ist.

**spw:** Wie bewerten sie die Maßnahmen, die die bisher zur Lösung der Krisen angestoßen wurden?

» **L.H.-N.:** Einige eher zaghafte Maßnahmen zur Regulierung der Finanzwelt wurden ergriffen. Aber die Lehren aus der Krise wurden von den europäischen Regierungschefs nicht gezogen. Seit Herbst 2009, kurz nachdem das Bankensystem vorerst gerettet war, haben sie systematisch die Rückkehr zu den Politiken organisiert, die zuvor die Krise hervorgerufen hatten, und die sie nun irreführend als Lösungen verkaufte. Kurz nach dem Ende der Konjunkturprogramme und dem Beginn der Sparmaßnahmen ist die Konjunktur dann während des ökonomisch tödlichen Sommers 2011 vollends eingebrochen. Seitdem bewegt sich die gesamte Eurozone, wie von der OECD und den Konjunkturforschungsinstituten prognostiziert, auf eine Rezession zu. Die Ministerpräsidenten von Spanien und Italien, Rajoy und Monti, ha-

ben bereits angekündigt, dass ihre Länder in keinem Fall die Ziele der Defizitverringerung, wie sie von der Europäischen Kommission für 2013 vorgegeben sind, einhalten werden. Trotzdem hat das Paar Merkozy darauf bestanden in den intergouvernementalen Vertrag vom 02. März 2012 eine Schuldenbremse einzubauen, die nicht nur ideologisch dogmatisch, sondern in der aktuellen Konjunktur völlig unanwendbar ist.

**spw:** Was müsste die europäische Linke in die Tat umsetzen, damit sich derartiges nicht wiederholt?

» **L.H.-N.:** Die Geldpolitik der EZB reicht nicht aus um die europäische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die sogenannten strukturellen Reformen bremsen weiter die Nachfrage aus. Die ungleiche Verteilung des Reichtums, als Kern dieser Krise, verschärft sich weiter durch die Lohnzurückhaltung. Auf der Baustelle zur besseren Kontrolle der Bankaktivitäten und der Aufteilung der Risiken ist bisher immer noch nichts geschehen. Die Aufgabe der Linken in Europa ist daher umso wichtiger, als sich das politische Gewicht in den letzten Jahren nach rechts verschoben hat.

Die progressiven Kräfte in Europa dürfen unter keinen Umständen der organisierten Kampagne gegen den Sozialstaat, die unter dem Deckmantel der Schuldenbekämpfung geführt wird, nachgeben. Die Arbeitnehmer sind dabei die Krise zu zahlen, für die sie absolut nicht verantwortlich sind. Ganz im Gegenteil müssen wir daher auf eine massive staatliche Intervention bestehen, da nur sie die Investitionen ankurbeln und die Umverteilung des Reichtums gewährleisten kann. Da es der Europäischen Union (EU) an einem eigenen, ausreichend großen Haushalt dafür fehlt und es auch keinerlei Willen gibt diese durch Anleihen oder Steuern zu erhöhen, müssen die Mitgliedsstaaten diese Aufgaben im Rahmen ihrer eigenen Haushalte stemmen. Die Sozial-

demokraten in Europa müssen der unantastbaren Regel vom ausgeglichenen Haushalt die folgende Idee entgegensetzen: das Funktionsbudget des Staates sollte ausgeglichen sein, das Investitionsbudget hingegen, welches Auswirkungen auf das Wachstum hat, sollte weiterhin die Möglichkeit erhalten, auf Anleihen zurückzugreifen, um seine Ausgaben zu decken. Konkret haben wir in der Debatte um das six-pack im Europäischen Parlament (EP) vorgeschlagen, dass die Investitionen aus der Berechnung der öffentlichen Schulden ausgeschlossen werden, um es den Staaten zu erlauben, haushaltspolitische Strenge beim Funktionsbudget und die Wiederbelebung der Konjunktur durch Investitionen zu vereinbaren. Genau diese Regel sollte die französische gemeinsam mit der deutschen Linken nach den Regierungswechseln 2012 und 2013 im Europäischen Rat befürworten.

**spw:** Sie kritisieren die Politik der europäischen Zentralbank, wieso?

» **L.H-N.:** Die EZB handelt im engen Rahmen den ihr die europäischen Vertragstexte setzen, welche es ihr verbieten die Staaten direkt zu finanzieren. Gerade jedoch erst hat sie den Banken tausend Milliarden Euro zu einem Zinssatz von drei Prozent bewilligt, was real einem negativen Zinssatz entspricht. Und das alles ohne zu wissen, ob die Banken dieses Geld auch wirklich nutzen um öffentliche Schulden aufzukaufen oder nicht doch um zu spekulieren. Es handelt sich hier um einen typischen Fall eines „moralischen Risikos“. Selbst wenn diese Intervention die Zinssätze im zwischen den Banken erfolgenden Handel sinken lässt, so hat dies nicht zu bedeuten, dass davon auch die Realwirtschaft profitieren würde, wo die Investitionen den Zinssätzen eher unempfindlich gegenüberstehen.

Es wäre daher sinnvoller gewesen, direkt die Staatsschulden aufzukaufen, und dies zu einem niedrigeren Zinssatz als dem ak-

tuell bestehenden, und sich mit den Staaten zeitgleich über die von uns vorgeschlagene Haushaltsregel in Einklang zu bringen: Ausgleich des Funktionsbudgets und gleichzeitig Maßnahmen zur Wiederbelebung der Konjunktur um das Erreichen der Strategie EU 2020 zu garantieren. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einer Banklizenz auszustatten, damit dieser sich bei der EZB refinanzieren kann. Unglücklicherweise ist Kanzlerin Merkel dieser Maßnahme und der Ausweitung der Aufgaben der EZB gegenüber ablehnend eingestellt. Nun ist dies aber genau die Lösung, welche die amerikanische und die britische Zentralbank anwenden und die auch die extrem niedrigen Zinssätze der dortigen Staatsanleihen erklärt: Sie kaufen die öffentlichen Schulden direkt auf.

**spw:** Welches Interesse hat Deutschland an einer Vergemeinschaftung der Schulden und warum ist die Angst vor der Inflation, in ihren Worten, ein „Phantom“?

» **L.H-N.:** Deutschland hat ein Interesse die Schulden zu vergemeinschaften, da es einen großen Vorteil aus dem Binnenmarkt und aus der Unfähigkeit der anderen Volkswirtschaften in der Eurozone, ihre Währungen abzuwerten, zieht. Es hat weiterhin ein Interesse an der Ausweitung der Aufgaben der EZB, da diese damit die Spekulationen auf die staatlichen Schulden entschärfen und gleichzeitig die Kosten der Vergemeinschaftung der Schulden senken würde.

Das wesentliche an einer guten Geldpolitik ist ein gesunder Pragmatismus. Nehmen wir die beiden möglichen Quellen der Inflation, dann gibt es zurzeit keinerlei Risiko. Das Inflationsrisiko durch die Nachfrage ist in einer Phase der Rezession und Deflation nicht vorhanden. Und das Inflationsrisiko durch Kosten ist durch die Lohnzurückhaltung und Arbeitslosigkeit ebenfalls neutralisiert. Die

Preise der Rohstoffe spielen, trotz eines geringen Preiszuwachses, ebenfalls keine Rolle, da sich im Kontext des Abschwungs ihr Verbrauch verringern wird.

**spw:** Einige werfen Deutschland vor eine neo-merkantilistische Politik sowie Sozial- und Lohndumping zu betreiben und damit seinen Partnern in Europa zu schaden, stimmen Sie dem zu?

» **L.H.-N.:** Deutschland muss auf jeden Fall die Binnennachfrage ankurbeln, damit auch die anderen europäischen Länder wieder exportieren können. Dennoch stammt der deutsche Exportüberschuss nicht erst von gestern. Die Kostensenkungen im Lohnbereich erklären die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht, denn diese ruht vor allem auf Faktoren außerhalb des Kostenbereichs. Schaut man sich die Struktur des deutschen Außenhandels genauer an, so zeigt sich, dass seine Überschüsse stets von Waren mit einem hohen Mehrwert ausgehen und nicht im Bereich der Billigpreisartikel erfolgen, wo die Wettbewerbsfähigkeit über die Kosten erfolgt. Schaut man sich ferner die Verdienstspanne an, so zeigt sich, dass die Gewinnmarge deutscher Unternehmen zwei Prozentpunkte über der in Frankreich liegt. Dies bedeutet, dass die Lohnzurückhaltung und die Senkung der Unternehmenssteuer in Deutschland vor allem den Profiten der Unternehmen und den Dividenden der Aktionäre zugutekamen. In Wahrheit haben alle europäischen Länder diese liberal-konservative Fiskalpolitik verfolgt, ohne dabei jedoch über die gleiche industrielle Basis zu verfügen.

**spw:** Was können die PS in Frankreich und die SPD in Deutschland auf nationaler Ebene tun, um der Krisen entgegenzutreten?

» **L.H.-N.:** Zuallererst müssen die notwendigen steuerpolitischen Reformen angegangen werden, um die Gerechtigkeit

im Steuersystem wieder herzustellen und den Steuerertrag zu erhöhen. Dies hilft auch bei der Ausgleichung des Funktionsbudgets. Mehr noch als in Deutschland, muss der De-industrialisierung in Frankreich durch eine ambitionierte und geeignete Industriepolitik begegnet werden. Dabei müssen die Ressourcen, im Rahmen einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung, vor allem in Richtung der Branchen im Bereich der erneuerbaren Energien gelenkt werden. Außerdem muss der Kaufkraftkrise in beiden Ländern durch die notwendigen Maßnahmen zur Umverteilung ein Ende gesetzt werden.

**spw:** Die sozialistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung haben sich bei der Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) größtenteils enthalten, wie ist dies zu verstehen?

» **L.H.-N.:** Die einfache Modifikation des Lissabon-Vertrages, welche wir im März 2011 im Europäischen Parlament unterstützt haben, hatte als Ziel, die Einführung von Mechanismen der finanziellen Solidarität zu erlauben, welche ursprünglich im Vertrag von Maastricht verboten waren. Ein intergouvernementaler Vertrag der den ESM als Nachfolger der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) einführte, wurde zu diesem Zweck abgeschlossen. Er begründete für die Eurozone einen Fonds mit einem Kapital von 500 Milliarden Euro und einer Leihkapazität von 700 Milliarden. Dieser Embryo eines gemeinsamen europäischen Budgets kann Titel ausgeben, die selbst bereits eine Unterart von Eurobonds sind.

Auch eine Banklizenz, die es dem ESM erlaubt hätte, sich bei der EZB zu refinanzieren, sollte ausgegeben werden. Leider hat Kanzlerin Merkel diesen Passus jedoch aus dem Endtext streichen lassen. Die französischen Sozialisten konnten zur europäischen Solidarität nicht Nein sagen, aber sie konnten auch nicht einem Text zustimmen, in dem die Kanz-

lerin und Präsident Sarkozy eine Bedingung einfügten, die den Zugang in den ESM an die Ratifikation eines neuen Vertrags bindet, welcher die neoliberale Schuldenbremse enthält. Die Enthaltung schien das geeignetste Signal an unsere europäischen Partner, um deren Unterstützung zu einer Solidarität zu erhalten, die auf eine Politik des Aufschwungs und nicht auf rigoroses Sparen baut.

**spw:** François Hollande will den ESM neu verhandeln, warum und was soll geändert werden?

» **L.H.-N.:** Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (SKSV) will eine Schuldenbremse einführen, die es den Mitgliedsstaaten verbietet ein strukturelles Defizit von 0,5 Prozent zu überschreiten. Andernfalls sollen quasi-automatische Sanktionen unter Überwachung durch den Europäischen Gerichtshof gelten. Die Anwendung dieser bleiernen Regel würde alle Länder der Eurozone nur noch tiefer in eine dauerhafte Rezession stoßen. Daher muss dieser Vertrag neu verhandelt werden. Solange er nicht durch die Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde, ist diese bleierne Regel sowieso mit dem Artikel 136 des Vertrags über die Funktionsweise der EU unvereinbar.

**spw:** Welche weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind durch den sozialistischen Präsidenten in Frankreich und Europa vorgesehen, um die Krise zu bekämpfen?

» **L.H.-N.:** Um es der Eurozone zu ermöglichen, das Wachstum anzukurbeln und die in der Strategie EU 2020 beschriebenen Projekte anzugehen, schlägt François Hollande vor, durch die Europäische Investitionsbank (EIB) finanzierte Gemeinschaftsinitiativen auf die Beine zu stellen und die Finanztransaktionen zu besteuern. Ebenso schlägt er vor die Aufgaben der EZB auszuweiten. Wir wollen, dass die EZB für die öffentlichen Schulden garantieren darf, um da-

durch die Spekulationen gegen die Staaten einzudämmen. Wie bereits erwähnt, hat die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament vorgeschlagen, die öffentlichen Investitionen von der Berechnung der öffentlichen Defizite auszunehmen. Wir hoffen, dass François Hollande diesen wesentlichen Vorschlag übernehmen wird. Er ist unbedingt notwendig, da zurzeit keinerlei Einigung auf eine Ausweitung des europäischen Haushalts in Sicht ist und daher extrem wichtig, um die Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten zu erweitern. Dies kann vor allem durch die Kreation von Eurobonds geschehen, welche den notwendigen Spielraum für großangelegte Wachstumsinitiativen schaffen können.

Auf nationaler Ebene ist in Frankreich eine umfassende Steuerreform vorgesehen. Die Vermögenssteuer, welche von der konservativen Regierung aufgeweicht wurde, wird wiederhergestellt. Die progressive Einkommenssteuer wird zum Dreh- und Angelpunkt des Steuersystems ausgebaut, mit einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent auf alle Einkommensanteile, die eine Million jährlich übersteigen (A.d.Ü.: der reale Spitzensteuersatz würde bei zwei Millionen Euro Einkommen laut Berechnung des Nouvel Observateur bei rund 40,3 Prozent liegen). Damit würden die Ungerechtigkeiten im Steuersystem ausgeglichen und die Einnahmen des Staates signifikant verbessert werden, was die Defizite verringern würde und die Finanzierung unserer Vorschläge erlauben würde. Die kürzlich erfolgte Anhebung der Mehrwertsteuer (A.d.Ü.: mit Wirkung zum 01. Oktober 2012 wurde der normale Mehrwertsteuersatz 19,6 Prozent auf 21,2 Prozent angehoben), eine besonders ungerechte Steuer, wird aufgehoben. Steuerrückerstattungen für die Schutzbedürftigen sind vorgesehen. Die volle Rente mit 60 wird für alle diejenigen wieder eingeführt, die früh ins Berufsleben gestartet sind und 41 Jahre lang ihre Beiträge gezahlt haben.

Eine Anpassung der Unternehmenssteuer ist vorgesehen, um die Unternehmen zu bevorzugen, die ihre Gewinne reinvestieren und diejenigen, welche eine Ausschüttung als Dividende bevorzugen in die Pflicht zu nehmen. François Hollande plant ebenfalls den Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen und hier die Priorität auf das Bildungs- und Erziehungswesen zu setzen. Schließlich soll der Bankensektor reformiert werden. Eine öffentliche Bank ist geplant, die die Ersparnisse der Bevölkerung für die Finanzierung der Investitions- und Industriepolitik mobilisieren soll. Des Weiteren ist die Trennung der Geschäfts- von den Depottätigkeiten der Banken vorgesehen, um die Risiken nachhaltig zu einzuschränken.

Dieses ambitionierte Programm berücksichtigt dabei auch die aktuell bestehenden Einschränkungen, welche durch die europäischen Verträge bestehen. Doch wenn das Wachstum in 2013 weiterhin schwächelt, wird das Ziel eines Defizits in Höhe von 3 Prozent des BIP nicht erreichbar sein. Auch deshalb ist es notwendig, die Verträge neu zu verhandeln.

**spw:** Deutschland scheint enorm vom Freihandel zu profitieren und verzeichnet 2011 erneut einen Rekordüberschuss im Außenhandel. In Frankreich hingegen wächst das Handelsdefizit von Jahr zu Jahr an. Die Kritik des Freihandels ist daher ein aktuelles Thema in Frankreich. Können sie uns ihre Position darstellen und sagen, warum sie auch in Deutschland gehört werden sollte?

» **L.H.-N.:** Die deutschen Handelsüberschüsse, das haben wir bereits gesagt, sind nicht auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Preisbereich, also die Lohnzurückhaltung zurückzuführen. Die Preise der exportieren Waren sind im Übrigen sogar schneller gestiegen als die Inflation in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft profitiert daher zu einem großen Teil von einem

Wettbewerbsvorteil, der nicht im Bereich der Kosten anzusiedeln ist, sondern auf die Spezialisierung auf Marktlücken zurückgeht und den seine europäischen Partner nicht haben. Dennoch ist der Freihandel Ausgangsgrund für einen erhöhten Druck auf die Löhne, da er die Unternehmen dazu bewegt, ihre Produktion in Niedriglohnländer zu verlagern oder Aufträge an Zulieferer dort zu vergeben. Die deutsche Automobilindustrie hat zum Beispiel einen wesentlichen Teil der Zuliefererverträge in die 12 neuen Mitgliedsstaaten der EU vergeben, wo die Lohnkosten nur ein Achtel ausmachen. Die französische Automobilindustrie hingegen hat gleich ihre gesamte Produktion ins Ausland verlagert und oft auch noch in Länder außerhalb der EU.

Um das europäische Sozialstaatsmodell zu erhalten, bedarf es einer unionsweiten Harmonisierung nach oben. Dies wird jedoch ausschließlich durch massive Transfers in der Form von Strukturfonds möglich sein, welche für die neuen Mitgliedsstaaten geschaffen werden müssen, um sie an den Entwicklungsstand der Eurozone heranzuführen. Hier zeigt sich dann auch die ganze Wichtigkeit der Debatte über den unionsinternen Haushalt. Was die Standortverlagerungen in Länder außerhalb der EU betrifft, so sollte der Gemeinsame Zolltarif (GZT) reaktiviert werden um das Prinzip der Gemeinschaftspräferenz zu fördern und um die Kosten für Standortverlagerungen in Länder die Lohndumping betreiben zu verteuern. ■

↳ Liêm Hoang-Ngoc ist Europaabgeordneter und Verantwortlicher für Wirtschaftspolitik im Parteivorstand der französischen Parti socialiste.

↳ Das Interview führte und übersetzte Martin Ahrens.